

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Tagesblatt erscheint an jedem Montag: Monats-Preispromille bei Abholung in den Postämtern der Stadt 2.00 RM, in den Filialpostämtern bei Postbestellung 2.10 RM, bei Abholung in der Stadt 2.15 RM, bei Abholung in der Provinz 2.20 RM.
Abonnementpreise: Vierteljährlich 10 RM, Halbjährlich 18 RM, Ganzjährig 32 RM. Postgebühren sind eingeschlossen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Druckereien und Postämter entgegen.

Druckerei: 1. Württembergische Druckerei (in 24 von 1917) in Stuttgart, in Stuttgart (in 12 von 1917) in Stuttgart. Druckerei: 1. Württembergische Druckerei (in 24 von 1917) in Stuttgart, in Stuttgart (in 12 von 1917) in Stuttgart.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Jhba, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niedermießla befähigterseits bestimmte Blatt und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niedermießla befähigterseits bestimmte Blatt
Redaktionsdruck und Verlag: C. G. Rothberg (Jah. Ernst Rothberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Siebert in Frankenberg

Montag den 9. Juli 1928 nachmittags 87. Jahrgang

Nr. 158

Kurzer Tagespiegel

Reichsinnenminister Seevering hielt auf dem internationalen Genossenschaftertag in Hamburg eine Rede.
Bei dem Empfang der Ozeanflieger in Dortmund fuhr ein Polizeiauto infolge Versagens der Steuerung in eine Gruppe Jungheute, wobei mehrere Personen verletzt wurden.
Durch eine Handgranate wurden in dem Dorf Ebneth bei Kallow am Sonntag 22 Personen verletzt, 8 waren an der Stelle getötet, 14 weitere befinden sich im hoffnungslossten Zustand.
In Altmorschen bei Rassel ereignete sich am Sonntag eine Reflektorenexplosion, die 6 Menschen zum Opfer fielen.
Nach Meldungen aus Sofia wurde auf dem Führer der wolgadonischen Revolutionisten ein Attentat verübt, dem dieser zum Opfer gefallen ist.
Das Flugzeug Löwenstein soll auf dem Flugplatz Croyden von Sachverständigen untersucht werden.
Bei dem Untergang eines amerikanischen Erzeugertransportdampfers sind 290 Menschen ertrunken.
Die Rantingregierung will die alte Peking-Regierung von einem Militärgericht aburteilen lassen.

Keine Legendenbildung

Hilferding, Helfferich, Luther und die Rentenmarkt
Der neue Reichsfinanzminister Dr. Hilferding hat es für nötig gehalten, seine Amtstätigkeit rechnerisch mit einem historischen Kolleg zu beginnen. Es mag dahingestellt bleiben, ob der außenpolitische Zweck dieser Zielübung, nämlich der Nachweis der waldenroth'schen Zuverlässigkeit der deutschen Sozialdemokratie, dadurch erwirkt worden ist. In eingeweihten Kreisen aber ist man rechtlich erhaben darüber, mit welcher Unschicklichkeit Dr. Hilferding den Vorgängen bei der Stabilisierung der Währung im Jahre 1923 gegenübersteht, bei denen er für sich eine Rolle in Anspruch nimmt, die ihm eine objektive Betrachtung der Ereignisse beim besten Willen nicht zuerkennen kann.

Herr Hilferding irrt, wenn er meint, daß er allein für das Gelingen als Währungsarrangementsverantwortlicher sei, das haben auch andere Leute getan, die viel früher als Hilferding den großen Helfferich'schen Grundgedanken in ihrem vollen Werte erkannt haben. In diesen Männern gehörte in erster Linie der damalige Reichsfinanzminister Luther. Seiner Initiative ist es zu danken, daß die Währungsfrage in einer Zeit beherrschend wurde, in der das zukünftige Reichsfinanzministerium keine greifbareren Vorschläge machen konnte, in der also der damalige Reichsfinanzminister der großen Reaktion, Dr. Hilferding, noch völlig im Dunkeln tappte. Damals wurde im Reichsfinanzministerium unter Luther maßgeblicher Mitwirkung der Plan der sogenannten Bodenmarkt ausgearbeitet, auf Grund dessen sich dann Hilferding dazu bequimte, die Helfferich'schen Grundgedanken in ihrem vollen Wert zu erklären. Der endgültige Plan der Rentenmarkt wurde dann von Dr. Luther als Finanzminister im neuen Reichswirtschaftsrat im vergangenen Jahre ausgearbeitet. Herr Hilferding hat sowohl Helfferich als auch andere Persönlichkeiten des Bank- und Wirtschaftslebens in unangemessener Weise mitgearbeitet. Dieser endgültige Plan unterschied sich wesentlich dadurch von allen vorhergehenden, daß erst am Wertverhältnis zur Papiermark festgelegt wurde. Ohne diese Änderung wäre die neue Währung nicht zu halten gewesen. Deshalb sind diese Dinge nicht so nebensächlich, wie jetzt Herr Hilferding glauben machen möchte. Für jeden Kenner der damaligen Verhältnisse und der Grundgedanke der Währung ist auch ferner ohne weiteres einsehend, daß eine Verstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt erst angebahnt werden konnte, nachdem die Rentenmarkt herausgegeben war. Hilferich haben vorher die Beamten des Reichsfinanzministeriums und besonders auch der von Herrn Hilferding genannte spätere Reichsfinanzminister von Schiller im einzelnen sich um die deutsche Finanzwirtschaft große Verdienste erworben. Aber ebenso sicher ist es, daß die wirtschaftliche Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt erst erfolgen konnte, als man mit der Rentenmarkt zu rechnen in der Lage war. Dieser Termin aber war der 15. November 1923, als Herr Hilferding längst den Staub des Reichs-

finanzministeriums von den Fühen geschüttelt hatte. Sein Nachfolger Dr. Luther war es, der die grundsätzlichen Entscheidungen für die Neuordnung der deutschen Finanzen getroffen hat. Eigentlich hätte das deutsche Volk besser zu tun, als sich darüber zu streiten, wenn das Verdienst an der Neuordnung der deutschen Währung zukommt. Jeder, der guten Willen ist, weiß, daß daran Männer wie Helfferich und Luther und eine ganze Anzahl anderer hervorragender beteiligt sind. Das deutsche Volk hat kein Interesse daran, die Verdienste der einzelnen Männer in Prozentzahlen festzulegen, aber es wehrt sich dagegen, wenn jetzt nachträglich von einem vorgehenden Gast des Reichsfinanzministeriums aus rein parteipolitischen Gründen der Versuch gemacht wird, der historischen Wahrheit Gewalt anzutun. Aus diesem Grunde hat denn auch Hilferding im Reichstage ungenügend angeekelt, so daß die Stimmung gegen ihn in parlamentarischen Kreisen zur Zeit nicht die Beste ist. Wo man aus Gründen falsch erlauter koalitions-politischer Solidarität nicht offen gegen den sozialdemokratischen Reichsfinanzminister geht, da denkt man sich immerhin seinen Teil über Hilferding'sche Annahme und Eigenliebe. Aber selbst diejenigen, die der Ansicht sind, daß Hilferding, wie vorstehend angegeben, eine gute Idee für die Umgestaltung unserer Währung gleich manchen anderen Finanzpolitiker und Wirtschaftsprüfer gehabt hätte, fragen sich, warum Hilferding damals mit der Initiative agierte, als er in seiner Eigenschaft als Reichsfinanzminister die Verantwortung nach außen zu tragen hatte. Mit Recht wird bemerkt, daß zu einer Führerpersönlichkeit nicht allein der gute Gedanke gehört, sondern auch die Energie des Angriffes und der Durchführungs. Weil sich unter der Ministerchaft Luthers Ideen und schnelle Energien paarten, deshalb ent- und schnelle Energien paarten, deshalb ent- und schnelle Energien paarten, deshalb ent-

Ost-Lozano

(Von unserem Berliner Vertreter.)
Berlin, 9. Juli.
Deutschland hat sich zu dem Lozano-Vertrag verstanden, weil die beteiligten Mächte bestimmte Verpflichtungen übernommen, vor allem das besetzte Gebiet freizumachen, wenn die Bedingungen sämtlich erfüllt werden sollten, sogar früher zu räumen. Deshalb hat Deutschland die durch den Friedensvertrag von Versailles festgelegten Verpflichtungen anerkannt und auf einen Einspruch für alle Zeiten verzichtet. Freilich haben wir die Erfüllung dieser Pflichten nicht als einseitige Angelegenheit angesehen, sondern als ein gemeinsames Ziel, das durch die Zusammenarbeit aller Mächte erreicht werden muß. Deshalb sind wir gewillt, den Kampf zu kämpfen, gezwungen, auf die Erfüllung des uns gegebenen Versprechens hinzuwirken. Nach dieser Richtung hin hat uns also der Lozano-Vertrag, wenn er auch eine bedeutende Annäherung brachte — was anerkannt werden muß — enttäuscht. Nach Abschluß dieses Vertrages, wie man erahnt, sogar schon während der Verhandlungen, hat die Entente hervor, die den Ort Lozano auch für einen Vertrag benutzten wollten, der für den Osten Geltung haben sollte. Der Lozano-Vertrag war ein Begriff geworden, nach der Richtung, daß er Sicherheit bietet, ein wirtschaftliches festlegt, wirtschaftliche Differenzpunkte beseitigt. Haben wir im Westen ein wirtschaftliches Interesse gehabt, das Sicherheitsabkommen abzuschließen, weil uns Gegengewicht geboten werden, so würde ein Ost-Lozano nichts weiter bedeuten als die Erlangung des deutschen Verzichts auf Revision der Ostgrenzen. Wir hätten also bei diesem Vertrage etwas zu bieten, während die Vertragsgegner, also die kleine Entente, keinen Gegenwert in die Waagschale zu werfen vermögen. Es ist durchaus verständlich, daß namentlich Polen immer wieder, sei es in Verhandlungen mit Deutschland, sei es

in der Bearbeitung der Entente, auf den Abschluß eines Ost-Lozano drängt. Die deutsche Ostgrenze ist unheilbar. Die Teilung Oberschlesiens zunächst als Ergebnis der seltamen und völkerrechtlich zu beanstandenden Abstimmung kann unmöglich für die Dauer bestehen bleiben. Polen muß die Befürchtung haben, daß auf kurz oder lang eine Revision der Teilung Oberschlesiens eintritt. Ueber den „Stachel im deutschen Fleisch“, den sogenannten polnischen Korridor, ist gar nicht zu streiten, denn bereits in Entente-treffen wird man der Überzeugung, daß die Wäter des Versailler Vertrags es handelten und durch Kenntnis Ostdeutschlands handelten und durch den Korridor eine Teilung vorzuziehen, die zwar geschichtlich gerechtfertigt sein sollte, aber weder nach diesem umgekehrten Recht, noch nach dem allgemeinen Menschenverstande immer bestehen werden kann. Der polnische Korridor, der zudem Polen herzlich wenig bietet, immer aber Streit zwischen Deutschland und Polen verursacht, doch werden die Polen selbst das Gefühl nicht los, daß eines Tages dieses Versailler Geheiß zurückgegeben werden muß. Das durchaus verständliche und berechtigte Empfinden Polens, dieser Grenzen vielmehr der vom Deutschland abgetrennten Gebiete nicht sicher zu sein, veranlaßt sie, nach dem Ost-Lozano zu rufen. Weiterhin hat der Reichskongress mit Recht die deutsche Ablehnung ausgesprochen und damit deutlich und jedem verständlich bekundet, daß wir keinerlei Verpflichtung für den Bestand der jetzigen Ostgrenzen eingehen können. Wir fordern noch wie vor eine Revision. Wenn das bisher noch nicht in nachdrücklicher Form geschehen ist, so lediglich aus dem Grunde, weil wir zunächst die Frage des Bestehens bereinigen müssen, und dann an die Lösung des Ostproblems gehen können.

Die Steuerfragen aufgeschoben

(Eigener Informationsdienst.)
Berlin, 9. Juli.
Wenn auch die Steuerfragen bis zum Herbst aufgeschoben sind, so beschäftigt man sich in politischen Kreisen doch bereits recht lebhaft damit, Belanständig geht der Plan der Reichsregierung dahin, für Einkommen bis zu 8000 Mark die Einkommensteuer erhöht, herabzusetzen. Nun ist allgemein bekannt, daß die Kasse der Staatskasse für das nächste Jahr erhebliche Schwierigkeiten bereiten wird, die noch dadurch verschärft werden würden, daß eine der sichersten Einkommensquellen, nämlich die Einkommensteuer, jetzt verringert werden soll, während es doch noch keineswegs sicher ist, ob die damit beabsichtigte Aufhebung der Wirtschaft sich in einer erhöhten Ertragsfähigkeit der anderen Steuern auswirken wird.

Schutz für die Jugend

(Eigener Informationsdienst.)
Berlin, 9. Juli.
Das Zentrum hat ein Bewahrungsgehele eingeleitet, das verlangt, Jugendliche über 18 Jahren, die bereits verwahrt sind oder es zu werden drohen, sollen auf öffentliche Kosten und unter öffentlicher Aufsicht zur Fürsorgeerziehung in Familien beziehungsweise in geeigneten Familien untergebracht werden. Die Entscheidung soll beim Vormundschaftsgericht liegen.

Alle Parteien, denen daran liegt, der sittlichen Gefährdung, namentlich unserer Großstadtkinder, entgegenzutreten, werden diesen Antrag auf das Wärmste begrüßen, auch wenn sie der Ansicht sind, daß manches daran noch genauer präzisiert werden muß. Zum Beispiel müßte genauer definiert werden, wann eine Gefährdung der Jugendlichen vorliegt, damit der Willkür möglichst enge Schranken gezogen werden.
Dieses Bewahrungsgehele schließt sich dem Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Ausbeutung und zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur an. Gegen das letztere rebellieren augenblicklich die Buchhändlervereinigungen; soweit sich bis jetzt übersehen läßt, mit Unrecht. Auch diejenigen, die das Gesetz an sich bekämpft haben, müssen zugeben, daß die Präzisierung mit der denkbar größten Zurückhaltung ihres Amtes wert ist und daß die Personalauswahl für diese Prüferstellen gerade aus dem Gesichtspunkt heraus erfolgen ist, der Artikel der Antiken möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten. Man muß natürlich annehmen, daß dieselben Leute, die gegen diese beiden Gesetze protestiert haben, geführt von den Stammgästen des Romanischen Cafés, auch über

das Bewahrungsgehele Jeter und Nord streuen werden. Es wird ihnen aber nichts helfen, da die staatsbürgerlichen Parteien vorläufig Gott sei Dank im Reichstage noch die Mehrheit haben und sich ihrer Verantwortung der heranwachsenden Generation gegenüber wohl bewußt sind.

Tagung der Deutschnationalen

Gegen Lambach
Berlin, 8. 7. Die Tagung der deutschnationalen Parteiverammlung, die am Sonntag im Reichstag stattfand, dauerte mit kurzen Unterbrechungen von 10 Uhr vormittags bis gegen 10 Uhr abends. Die Sitzung wurde dann abgebrochen und auf Montag vormittag verlagert.
Von der Deutschnationalen Pressestelle wird folgender Bericht über die Tagung ausgegeben: Die Parteiverammlung der Deutschnationalen Volkspartei beriet über die durch die Wahlen geschaffene politische Lage in Verbindung mit einer Aussprache über die Angelegenheit Lambach. Hierzu wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die Parteiverammlung tritt bei dem Abgeordneten Lambach (links der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgesprochenen Mißbilligung in vollem Umfange bei. Die weitere Entscheidung bleibt den sachgemäß zuständigen Stellen vorbehalten. Deshalb werden die gestellten Ausschlußanträge dem zuständigen Landesverband als Material überwiesen. Aus diesem Beschluß bekennt die Deutschnationale Volkspartei sich erneut zu dem monarchischen Grundsatze ihres Parteiprogrammes.“
Die Beratungen werden am Montag vormittag 10 Uhr fortgesetzt.

Jugenburgs Ultimatum

(Eigener Informationsdienst.)
Berlin, 9. Juli.
Von besonders gut unterrichteter Seite erfahren wir, daß in der letzten Fraktionsberatung der Deutschnationalen Jugenburg erklärt habe, wenn Lambach nicht aus der Fraktion ausgeschloffen würde, träte er selber aus. Nur auf diese Erklärung soll die Annahme des Mißbilligungsantrages gegen Lambach zurückzuführen sein. Es ist für die Deutschnationalen natürlich von einschneidender Bedeutung, wenn die Jugenburg-Presse ihnen den Rücken kehren sollte. Auf der anderen Seite können sie Lambachs Gefolgschaft nicht entbehren. Man kann wohl sagen, daß sich jetzt eine Partei in einer so schwierigen Lage befindet hat.

Bombenattentat in Moskau

Berlin, 9. 7. Nach einer Meldung des „Morgen“ aus Riga wird erst jetzt bekannt, daß am Freitag abend gegen 10 Uhr auf das Hauptgebäude der G. P. U., auf dem Lubianaplatz in Moskau, wo sich das berühmte Gefängnis mit den Angelegten des Schachty-Prozesses befindet, ein Bombenattentat verübt wurde. Mehrere Stunden lang wurde der Platz und mehrere Zugänge von Arbeitern und Soldaten abgesperrt. Die Explosion hat bei den zahlreichen Gebäuden die Fenster zertrümmert und es müssen ihr auch Menschenleben zum Opfer gefallen sein, denn es erschienen sofort nach der Explosion mehrere Krankenautos der Rettungsjelle für plötzliche Unfälle.

Einweihung eines Abstimmungsdenkmals in Allenstein

Altenstein, 9. 7. Am Sonntag fand in Allenstein die feierliche Einweihung eines Denkmals zur Erinnerung an die vor acht Jahren erfolgte Abstimmung statt. Die Stadt zeigte reichen Festschmuck. Am Sonntagabend fand eine Begräbnisfeierlichkeit statt, an der u. a. ein Vertreter der Reichs- und Staatsregierung und ein Vertreter des auswärtigen Amtes teilnahmen. Alle Redner gaben der Erwartung Ausdruck, daß die abgetrennten Gebiete Ost- und Westpreußens recht bald wieder mit dem deutschen Mutterlande vereint würden. Es wurden Begrüßungsgramme an den Reichspräsidenten, sowie die Reichs- und Staatsregierung abgeant. Vom Reichspräsidenten ging folgendes Antworttelegramm ein: „Der zur Erinnerung an die vor acht Jahren erfolgte Volksabstimmung in Allenstein Versammelten danke ich für die Grüße, die ich in treuer Verbundenheit mit Ostpreußen herzlich erwidere.“